

Neue Jobs für Langzeitarbeitslose

Regierung will Gemeinden unterstützen, die sichere Arbeitsplätze für Erwerblose schaffen

VON DANI SCHUMACHER

Langzeitarbeitslose profitieren kaum vom Wirtschaftsaufschwung, und auch die klassischen Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik greifen zu kurz. Nun sollen die Kommunen einspringen und im Rahmen eines Pilotprojekts neue Jobs schaffen.

Beschäftigungsminister Nicolas Schmit geht in die Offensive: „Anstatt die Arbeitslosigkeit zu finanzieren, werden wir in die Arbeit investieren.“ Er wolle einen Paradigmenwechsel, so Schmit gestern bei der Vorstellung eines Pilotprojektes, das Langzeitarbeitslose wieder in Lohn und Brot bringen soll.

Schmit will vor allem die Gemeinden mit ins Boot nehmen. Seiner Meinung nach gibt es auf kommunaler Ebene zwar genügend Arbeit, aber eben nicht genügend Jobs. Oft würden aus finanziellen Erwägungen heraus keine Arbeitsstellen geschaffen. Damit die Gemeinden doch aktiv werden, sollen sie vom Staat einen finanziellen Anreiz erhalten, wenn sie einen neuen Arbeitsplatz schaffen und diesen bei der ADEM melden. Schmit wollte sich gestern nicht auf die Höhe des staatlichen Zuschusses festlegen lassen. Er könne sich aber durchaus vorstellen, dass der Staat die Kosten im ersten Jahr ganz trägt, danach sollen die Fördersätze graduell heruntergefahren werden. Die erforderlichen Mittel sollen zu Lasten des Beschäftigungsfonds bzw. des nationalen Solidaritätsfonds gehen.

„Richtige Jobs“

Für den Beschäftigungsminister ist es wichtig, dass „richtige Jobs“ geschaffen werden, dass es sich nicht um eine Scheinbeschäftigung han-



Kommunen, die Langzeitarbeitslose einstellen, können mit einer staatlichen Unterstützung rechnen. Ein Pilotprojekt startet demnächst im Süden des Landes. (FOTO: ANOUK ANTONY)

delt. Die Betroffenen sollen nicht zu „Beschäftigten zweiter Klasse“ degradiert werden. Sie sollen einen Arbeitsplatz bekommen, und sie sollen langfristig einen unbefristeten Arbeitsvertrag erhalten, damit sie ein für allemal aus der Erwerbslosigkeit herausfinden. Für Minister Schmit ist es schlicht eine „Frage der Würde“. Solange die Betroffenen nämlich nur über den Weg einer Beschäftigungsmaßnahme eine vorübergehende Anstellung finden, gelten sie weiter als Arbeitslose, obwohl sie regelmäßig arbeiten. Schmit will aber auch verhindern, dass es zu

unlauterem Wettbewerb kommt, dass der Vorstoß also zu Lasten der Unternehmen geht.

Schwerpunkt Süden

Das Pilotprojekt wendet sich zunächst an die elf im Gemeindegewerkschaft Pro-Sud zusammengeschlossenen Kommunen. Das kommt nicht von ungefähr, denn in den Südgemeinden liegt die Langzeitarbeitslosigkeit zum Teil weit über dem landesweiten Durchschnitt. Das Interesse der elf Gemeinden sei groß, versicherten Innenminister Dan Kersch und der Präsident von Pro-Sud, Dan Bi-

„Anstatt die Arbeitslosigkeit zu finanzieren, werden wir in die Arbeit investieren.“

Nicolas Schmit

ancalana. Für Biancalana „spielt das Projekt den Kommunen sogar in die Hand“. Die Zusammenarbeit zwischen dem Beschäfti-

gungs- und dem Innenministerium soll sicherstellen, dass die verwaltungstechnischen Hindernisse möglichst schnell aus dem Weg geräumt werden. Auch wenn sich das Programm in einer ersten Phase vorrangig an die elf Pro-Sud-Gemeinden richtet, so wollen Schmit und Kersch andere interessierte Kommunen aber nicht außen vor lassen. Demnächst sollen daher Gespräche mit dem Sycol aufgenommen werden.

Noch keine Details

Weitere Details gaben die Minister gestern nicht bekannt. Genaue Zielvorgaben, etwa zu den Kosten oder zur Zahl der neuen Jobs, gebe es zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht. Beschäftigungsminister Schmit will nun erst einmal einen Gesetzentwurf ausarbeiten, der dann möglichst zügig den Weg durchs Parlament finden soll.

In den Augen des Ministers ist nämlich durchaus Eile geboten. Im März dieses Jahres waren immerhin 7 425 Arbeitslose länger als zwölf Monate ohne Job. Damit gelten sie als Langzeitarbeitslose. Insgesamt gelten derzeit 45,1 Prozent der Erwerbslosen als Langzeitarbeitslose. Während die Zahl der Erwerbslosen insgesamt seit mehr als zwei Jahren kontinuierlich sinkt, liegt die Langzeitarbeitslosigkeit nahezu unverändert auf hohem Niveau. Die Betroffenen profitieren kaum vom aktuellen Wirtschaftsaufschwung, und auch die allgemeinen beschäftigungspolitischen Maßnahmen greifen nicht richtig. Bei der Langzeitarbeitslosigkeit spielen vier Faktoren eine besondere Rolle: Viele der Betroffenen verfügen über keine richtige Ausbildung, sie sind älter, haben ein Handicap oder sie sind nur bedingt arbeitsfähig (reclassement).

Auf die Plätze, fertig, los!

Die Universität Luxemburg will die Nachfolge von Ex-Rektor Rainer Klump bis zum Herbst klären

Nach den nicht abreißen den Negativschlagzeilen startet die Universität Luxemburg einen Befreiungsschlag: Bis Oktober, so die Zielvorgabe, soll der Name des vierten Rektors in der 14-jährigen Geschichte der Lehrstätte feststehen. Nur wenige Tage nachdem Rainer Klump infolge der mühseligen Budgetdiskussionen die Segel strich, hat der „Conseil de gouvernance“ am Samstag beschlossen, den Posten nächste Woche international auszusuchen.

Offenes Rennen

Der künftige Rektor muss nicht zwingend aus dem Ausland stammen. Auch Lehrkräfte, die bereits mit der Uni vertraut sind, dürfen sich bewerben, stellte der Präsident des „Conseil de gouvernance“, Yves Elsen, gestern nach einer Sitzung des zuständigen Parlamentsausschusses klar.

Eine siebenköpfige sogenannte Findungskommission, in der neben vier Mitgliedern des „Conseil de gouvernance“ jeweils auch ein Repräsentant der Studentenvertretung und der Lehrkörper ein

Stimmrecht haben, stellt das Profil des Wunschkandidaten auf. Der Ausschuss, dem kein Regierungsvertreter angehört, greift auf die Dienste einer internationalen Vermittlungsagentur zurück. Nach einer Überprüfung der eingereichten Kandidaturen werden dem „Conseil de gouvernance“ Vorschläge unterbreitet. Anschließend wird das Aufsichtsgremium

der Regierung einen Kandidaten zur Ernennung vorschlagen.

Yves Elsen ist zuversichtlich, dass die Probleme, die der Uni derzeit zu schaffen machen, in den kommenden Monaten aus der Welt geschafft werden. Um auf der Finanz- und Verwaltungsebene mehr Transparenz zu gewährleisten, würden demnächst neue Prozesse eingeführt werden.



Der Personalbestand der Uni beträgt 1 800 Mitarbeiter. Laut dem delegierten Hochschulminister Marc Hansen ist es der Uni überlassen, ob sie Lehrstühle im Falle von Rentenabgängen neu besetzt.

(FOTO: GUY JALLAY)

Die Beweggründe für den Rücktritt von Rainer Klump wurden unterdessen gestern in der parlamentarischen Kommission nicht erörtert. Dies sei schade, da mit Blick auf die bevorstehende Reform des Uni-Gesetzes noch viele Fragen offenstünden, meint Taina Bofferding (LSAP). Claude Adam (Déi Gréng) ist der Ansicht, dass die jüngsten Haushaltsprobleme der Uni kaum vorhersehbar gewesen seien. 2015 habe die Lehrstätte noch einen Überschuss von acht Millionen Euro vorgelegt. 2016 sei mit einem Plus von rund zwei Millionen Euro abgeschlossen worden. Künftig sei mehr Transparenz vonnöten, so Adam: „Die Politik weiß manchmal nicht, was mit den öffentlichen Geldern, die in die Hochschule fließen, geschieht.“

98 Prozent der finanziellen Mittel, die der Uni zur Verfügung stehen, stammen aus öffentlicher Hand, betonte die Präsidentin des zuständigen Parlamentsausschusses, Simone Beissel (DP). Mit dem Umzug auf Belval seien zusätzliche Kosten entstanden, vor allem im IT-Bereich. Die Finanzlage des

Staates habe sich verbessert, so dass im Prinzip nichts dagegen spreche, der Uni in den nächsten Jahren mehr Mittel zu geben, so Beissel. Martine Hansen (CSV) ist der Ansicht, dass die internen Kommunikationsmängel bei der Uni schnellstens behoben werden müssten, um einen Imageschaden abzuwenden.

„Rote Linie“

Das Syndikat „Erziehung und Wissenschaft“ des OGBL stellte gestern in einer Pressemitteilung mit Befremden fest, dass die Beratungsgesellschaft McKinsey Sparmaßnahmen in Höhe von 19,7 Millionen Euro vorschlagen würde, um ein angebliches Loch von fast 27 Millionen Euro zu stopfen. Ein Großteil der Einsparungen betreffe die Personalkosten (5,6 Millionen Euro). Die Gewerkschaft wirft die Frage auf, ob derartige Sparmaßnahmen nötig seien, da die Uni Reserven von 17 Millionen Euro angelegt habe. Der ausgehandelte „accord d'établissement“ dürfe nicht in Frage gestellt werden. Entlassungen seien eine nicht zu überschreitende „rote Linie“. ml